



Antrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Familien mit den Kita-Gebühren in der Pandemie nicht allein lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in Kreisen und kreisfreien Städten mit einem „eingeschränkten Regelbetrieb“ in den Kindertagesstätten, die Kita-Beiträge in einer pauschalen Regelung zu reduzieren und zu übernehmen, wenn die Eltern die Betreuung in der Kita nur tageweise im Monat in Anspruch genommen haben. Eine komplette Woche ohne Inanspruchnahme soll weiterhin kostenfrei sein. Diese Regelung soll rückwirkend zum 1.01.2021 gelten.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert mit den Kreisen, kreisfreien Städten und Kita-Trägern in Gesprächen zu erörtern, ob der Schritt des „eingeschränkten Regelbetriebs“ noch Sinn macht und aufrechterhalten bleiben soll.

Begründung:

In Kreisen und kreisfreien Städten mit einem „eingeschränkten Regelbetrieb“ wurde an die Familien appelliert, ihre Kinder wann immer möglich zu Hause zu betreuen, damit das Ansteckungsrisiko in den Gemeinschaftseinrichtungen so niedrig wie möglich gehalten werde. Viele Eltern sind in den betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten in den letzten Monaten diesen Aufrufen gefolgt und haben sich vorbildlich in der Pandemie verhalten. So wurden Kinder nur wenige Tage im Monat in der Kita betreut. Allerdings sollen die Eltern trotzdem den vollen Kita-Beitrag zahlen, auch wenn sie die Betreuung nur einen oder zwei Tag/e in der Woche in Anspruch genommen haben. Das vorbildliche Verhalten der Familien sollte nicht betrafft werden. Familien dürfen mit den Kosten nicht allein gelassen und pauschale Lösungen für reduzierte Kita-Beiträge müssen gefunden werden und zwar rückwirkend.

Des Weiteren haben im „eingeschränkten Regelbetrieb“ oft nur wenige Kinder keinen Anspruch auf Betreuung. Kita-Träger berichten, dass dies keine Entlastung bedeutet und dieser Schritt entfallen könnte. Diese Thematik muss die Landesregierung mit allen Beteiligten diskutieren.

Serpil Midyatli
und Fraktion

Christian Dirschauer
und die Abgeordneten des SSW